

Postische



1704

Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Besuchsbedingungen und Einzelpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard Varwig, Redakteur (in Anst. d. Hauptred.) Carl Meißner, Berlin. Druck: Manuscripte werden nur zurückgeschickt, wenn Forts. beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt 8866-8900, 8900-8928, für den Fernverkehr Amt Dahnöf 8866-8908. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 2000

Optimistische Erklärungen Youngs.

Die Möglichkeiten des Transfers

Neuigkeitenblatt der „Postischen Zeitung“

Paris, 18. Juli.
Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in London, Jules Sauterstein, hatte eine Unterredung mit dem amerikanischen Delegierten an dem hier eröffneten „Rundmahl“ der „Postischen Zeitung“, damit ein amerikanischer Bürger sich bereit erklärt, einen Teil seiner Erfahrungen in einer Anleihe auszugeben, drei Bedingungen erfüllt werden:

1. Die Einigung mit Deutschland. Man legt kein Geld, wenn nur die Macht dieses Darlehens garantiert. Damit ein Land wie Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den Darlehensgebern hält, muß es den Kontrakt freiwillig angenommen haben.
2. Sicherheit ist notwendig, daß die allgemeine Wirtschaft des Landes, das die Anleihe aufnimmt, nicht durch eine äußere oder unangerechnete Intervention gefährdet werden kann. Eine Garantie für die Höhe ist notwendig.
3. Es ist nötig, daß im keinem Falle die für die Zinsen und Tilgungszahlungen der Anleihe bestimmten Einkünfte ihrer Zwecksetzung werden und von einer fremden Macht beschnitten werden können.

Realistisch gesehen, scheint es mir, daß die Erzielung der Reparationskommission durch ein amerikanisches Mitglied, das Verpflichtungen Deutschlands festhalten und zu werten hätte, den Bedingungen eine Garantie bedeuten würde, daß Kontingenzen nur vereinbart werden, wenn es notwendig ist und wenn dies im allgemeinen Interesse der Gläubiger ist. Außerdem ist es erforderlich, daß die Willkür, bevor sie ausnahmslos, in den Vertrag der Konferenz das Wort sprechen, nicht im Falle einer gemeinsamen und gleichzeitigen Kontingenzen Pfändung für die Anleihe gewährt werden. Ich spreche nicht im Namen der amerikanischen Bankiers; aber unter diesen beiden Bedingungen bin ich der Ansicht, daß ein großer Schritt vorwärts gemacht würde, um den Zehnjährigen Sicherheit zu schaffen.

Sauterstein fragte dann weiter, ob es mehr sei, daß die Gewährleistungen nach den Bestimmungen des Transfers die Lebensdauer des Darlehens von einem Zug auf den anderen als unüberwindlicher ansehen.

Young antwortete: Niemand kann das sagen. Es ist ein Problem, für das nur die Erfüllung einer Lösung schaffen kann. Wir sind bei unseren Arbeiten im Sachverständigenausschuß von Anfang an auf die große Bedeutung dieser Frage aufmerksam gemacht worden. Vielleicht könnte bei einer normalen Lage des Devisenmarktes die Lebensdauer durchgeföhrt werden. Jedenfalls werde Frankreich sicher mit ein wenig Erfindungsgeist und Talent die Mittel finden, um die Wünsche, die es in Bezug auf die Höhe der Reparationen hat, zu befriedigen, wobei es zu machen. Wenn zum Beispiel große Zahlungen auf Grund der Zahlungslosigkeit unmöglich sind, glaube ich nicht, daß Frankreich alsdann ein gutes Geschäft machen würde, wenn es in

Deutschland mit dem Darlehen, die es besitzt, die notwendigen Maschinen und Instrumente für die Elektrifizierung des Rheinlandes kauft? Diese Arbeiten würden den französischen Staat nichts kosten, und es würde noch seine Frontangelegenheiten einschlagen können durch die Bildung von Vorkontingentskonten für ihre Auszahlung. Die Belgier föhren durchaus bereit sein, im Falle, daß es unmöglich wäre, Zahlungen zu erhalten, Gehaltskonten für den Bau neuer Straßen am Rheno abzugeben. Strenge halten wir daran, Frankreich die Mittel zur Zahlung seiner Rente und seiner Sicherheit zu nehmen. Das Reparationsproblem kann technisch gelöst werden, ohne die Interessen Frankreichs zu schädigen. Im Gegenteil. Wenn es aber hier nicht geht, wenn die deutsche Konferenz sich hinter Formeln und Mißverständnissen ohne Eingestehen verbirgt, dann steht Europa einer großen Katastrophe gegenüber. Arzt und Grant, einseitig bis zu einem gewissen Grade, aber das ist ein Problem, werden ernsthaft entwertet werden. Deshalb muß man zu einem Erfolge kommen, und zwar hier. Ich bin bezüglich der Ergebnisse der Konferenz optimistisch, denn man findet überall die Beweise eines ernsthaften Willens, die Probleme zu regeln. Ich weigere mich, zu glauben, daß die ausgezeichnete Stimmung und die aufrichtigen Absichten dieser Menschenmenge im Verlaufe einer Konferenz von dieser Bedeutung durch Verzerrung und Mißverständnissen aufgehoben werden können.

Auf der Suche nach dem Kompromiß

Neuigkeitenblatt der „Postischen Zeitung“

London, 18. Juli.
Der heutige Tag dürfte für den Verlauf der Konferenz von weitestgehender Bedeutung sein. Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten, die gestern Abend über die Anwendung von Kontingenzen im Falle einer deutschen Mißwirtschaft noch fortbestanden und die auch in den Entwürfen von Snowden und von Berrett della Rocca noch nicht genügend ausgeglichen waren (siehe Seite 3), sind heute vornehmlich von den Delegationschefs befreit worden.

Ramon Macdonald bei Herrin, Tseunis, Etienne und Kellog um 10 Uhr zum ersten Frühstück nach Downingstreet eingeladen, alle diese Fragen in keinem Artikel zu besprechen und den Versuch zu machen, eine gemeinsame Arbeit zu finden, die in der ersten Kommission zum Entwurf eines Beschlusses der Gesamtkonferenz ausgearbeitet werden könnte.

Der zweite Ausschuß, der heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz von Thomas zusammentrat, sollte, um das französische Votum über den Widerspruch der Arbeitskontingenzen zu erwidern, sich auf diese nachdrücklich vertagt werden.

Der dritte Ausschuß unter Vorsitz von Robert Anderson hat heute ebenfalls die Beschlüsse formulieren, die er den allerten Regierungen über die Regelung der Gehaltsfragen zu machen gebührt.

Deutschnationale Beamtenpolitik

Vertragung des Veramtes.

Der preussische Landtag hat heute vormittag seine letzte Sitzung vor den Ferien abgehalten und sich bis zum 23. September vertagt. Die Erzielung der Tagesordnung, auf der nur kleinere Vorlagen und Bestimmungen über schon früher erledigte Angelegenheiten standen, war in kaum einer halben Stunde erfolgt. Ein Antrag auf Förderung der landwirtschaftlichen Interessen an den Unterirdischen Alet wurde dem Hauptausschuß überwiesen.

Nach der Erledigung gab es aber noch eine längere Arbeitsbesprechungsdebatte. Der Beamtenausschuß hatte am Donnerstag auf Antrag des sozialdem. Abg. Hirsch folgenden Beschluß gefaßt: „Das Aufnahmehinweis muß erledigt, dem auf Grund des § 106 gebildeten Ausschuss möglichst umgehend, spätestens bis zum 1. Oktober, ein Gutachten darüber zu unterbreiten, ob der Alet aus dem Abg. Kramer (S 44) der Personalabredeordnung vom 8. II. 24) mit den Bestimmungen der Weisungserlassung in Einklang zu bringen ist.“ Am Ausfluß waren alle Fraktionen, auch die deutschnationale, damit einverstanden, daß dieser Antrag noch heute vom Plenum verabschiedet werde. Als nun nach Beendigung der Tagesordnung der Abg. Hirsch befragt, den Antrag zum Beamtenausschuß zu verabschieden, widersprach der deutschnationale Abg. Gersbach der Beratung. Nach der Beratung, den Antrag in einer neuen Sitzung zu beraten, wurde dadurch vereitelt, daß Abg. Gersbach für die neue Sitzung den Widerspruch gegen die Parteifreier enthielt. Im Verlauf der Debatte enthielt sich der Abg. Gersbach des Gehörns, daß seine Partei-

Konferenz der Ernährungsminister.

über die Getreidefrage.

Am Reichsministerium für Ernährung trat heute unter dem Vorsitz des Reichsrats die Konferenz der Ernährungsminister der Länder zusammen. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen folgende Punkte: Die Rückzahlung der finanziellen Unterstützung der Landwirtschaft auf Ernte und Alet, die Arbeitsmittel für die Durchführung der Ernte, Maßnahmen zum Alet der Erntezugnisse, und die Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms für die Landwirtschaft in Reich und Ländern.

Nach einer Anrede des Reichsernährungsministers wurden kurze Referate zu den ersten drei Punkten der Tagesordnung vorgetragen. Danach schloß sich die Besprechung dieser Gegenstände. Nach einer Mittagspause wird nachmittags der wichtigste vierter Punkt, zu dem auch die Getreidefrage gehört, behandelt werden.

Genf und Lyon.

Genf, 18. Juli.
Dr. Julius Baum,
Beisitzer der „Postischen Zeitung“

Genf, 18. Juli.
In der anderen Hälftenab, die vor meinen Säulen mit Genf befestigten Kampfe um den Sieg des Völkerverbundes lag, ist jetzt der Kongreß der Union der Völkerverbinder zu Ende gegangen. Sein unmittelbares praktisches Ergebnis sind einige Dutzend Resolutionen über je ziemlich alle jehwährenden politischen Fragen, und hätte er kein weiteres Resultat erzielt, so dürfte das Urteil über diesen Kongreß recht negativ lauten.

Um es vorweg zu nehmen: die meisten der in der Union vereinigten Völkerverbinder für den Völkerverbund vertretenen einseitigen Genf und Lyon, die hier Parteien allein haben. Am deutlichsten ist der Unterschied zwischen den Völkerverbänden zu erkennen, die sich zu dem Völkerverbund zu verbinden, beabsichtigen sie sich zu engagieren mit dem Problem des Bundes, daß ihre gemeinsame Kongreß notwendig zu einer Kopie der großen Genf Bundesversammlung werden muß. Wenn die Union, je unabhängige Sammlung von Völkerverbänden, Mitglieder um, organisiert, deren Beschlüsse dann an den Generalkongreß, von Lyon, von diesem an die Verammlung des Kongresses, von ihr an Kommissionen der Verammlung und schließlich an die Kommissionen von Kongressen zu übergeben, so ist dieses Verfahren eine beizügig getreue Nachahmung des beim Völkerverbund üblichen, daß es für den vorbelegenen Beobachter, und selbst für den wohlwollendsten, hart an die Grenzen trifft. Zumal wenn man bedenkt, daß die Völkerverbände nicht nur in der Union, sondern auch in der Union, und daß diese Beschlüsse einer gewissen politischen — je genug wie problematischer — Wert haben, daß es bisometen sogar unmittelbare Bedeutung für das Leben ganzer Völker oder von Bundes verarmte Gebiete besitzen. Diese Völkerverbände verfahren nicht nur in dem, was sie als die allgrößte Grundtätigkeit, die der Völkerverbund dem auch durch Veranlassung der bedeutendsten Fachmänner für jede Frage zu erreichen bemüht ist.

Welchen Wert soll nun aber die Mitwirkung dieses Kongresses bei einem weiteren und, wenn nicht durch die Macht der in ihr herrschenden Gedanken und gedanklichen Einheit, einflussreichen Vereinigung haben? Was soll es nützen, so, was soll es denn nützen können, daß man sich in einer Abhängigkeitskommission der Union den Kopf während Wochen und Monaten mit einem Entwurf zu einem Garantievertrag, einem anderen natürlich als dem im Genf-Völkerverbund bereit zur Beratung stehenden, anstellt, wenn man es schon für erfolgversprechend hält, Eingestehungen der Abwicklung im privaten Kreis zu befragen, lieber die Beschlüsse des Kongresses zu überlassen wie diese: Ist es möglich, durch Garantieverträge zur Abwicklung zu gelangen? Oder: Auf Grund welcher Tatsachen soll in einem Kriegesfälle der „Angeifer“ ermittelt werden? Die Abhängigkeit man in Paragraphen zu formulieren, darf man und soll man nicht, wenn man überlassen, die schließlich auf die Verantwortung für ihre Beobachtung zu tragen haben werden. Noch richtiger freilich wäre es wohl, man überlasse die Sorge um die Einzelheiten überhaupt diesen Organen und händerte sich stattdessen mehr als gewöhnlich um die Propagierung der Idee, der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Abwicklung.

Es wäre sogar die Frage zu erwägen, ob nicht das von der Union zurzeit geführte Verfahren ihren Zielen mehr abträglich als nützlich ist. Denn die Unterbreitung von Eingestehungen muß natürlich die Gegenseite, statt sie zu mildern, immer schärfer hervorzuheben. Erfolgt sie nun ganz überflüssiger Weise, wie hier, so muß es so kommen, daß die Teilnehmer an solchen Debatten sich auseinander einigen, die nun folgen, die sich nicht annehmen können. Mein Delegierter will sich nicht nach Ausnahmefällen bewegen, er habe die „Interessen seines Landes“ nicht gebührend in Rücksicht gezogen, als er über diese oder jene Frage abstimme, und so gebunden sich dem viele dieser Delegierten gegenüber als der Völkerverbund ist zu erweisen. Ich würde, die im verantwortlichen Regierungsvorstande ebenfalls gerade im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit gemacht haben würde.

Die Frage der Organisation der Kongresse der Union hat mich auch zu dem schon unterstellten Gedanken geführt, daß die Propaganda für den Völkerverbund Gedanken, die das erste und hauptsächlichste Ziel der Union sein sollte, mehr und mehr in den Hintergrund treten ist und auf dem Kongreß in Lyon kaum noch eine nennenswerte Rolle spielt. Ich würde hier annehmen, daß diese Gefahr den wirksamen Freunden des Völkerverbundes innerhalb der Union nicht verborgen geblieben ist, zumal ihre weitere Folge gerade in Lyon so deutlich wie bisher niemals in die Erscheinung trat.

Die Folge der erwähnten Entwidlung kann nämlich die, daß sich die Regierungen der meisten Länder mehr für die Völkerverbundsgeschäften zu interessieren begannen als dem Gedanken eines Bundes der Völkerverbände und den zu seiner Verbreitung bestimmten Völkerverbänden östlich und westlich konnte. Es hat kein und bedarf keines Beweises, daß kein